

Evangelische Verantwortung

„Uns wirst Du niemals los“ Stasiopfer zwischen Schlusstrich- mentalität und unverarbeitetem Trauma

Stefan Trobisch-Lütge

1. Wahrnehmung

Wahrnehmen, was war:

Frau B.: Mein Schwiegervater war Offizier in der NVA, hat sich losgesagt, man wollte ein Exempel statuieren... Sippenhaft, 1986 auf der Straße verhaftet, Vorwurf: „landesverräterische Agententätigkeit“, 8 Monate Stasihaft, von der einjährigen Tochter nichts mehr gehört: „Mir wurde nicht gesagt, was sie mit meiner Kleinen gemacht haben.“ Dann Verlegung nach H., „unter Mörderinnen und Kriminellen, die hatten uns Politische völlig in der Hand.“ Die „Erzieherinnen“ sagten: „Wenn Krieg wäre, würden wir euch an die Wand stellen.“ Eine Kette von Erniedrigungen und Misshandlungen, endlose Verhöre, Schlafentzug, die Schreie anderer Gefangener, dann wieder Stille, das Brüllen einer Nummer: Raustreten, Gesicht zur Wand! Und das Schlimmste: Nie zu wissen, was passieren wird.

Wahrnehmen, was ist:

Frau B. 16 Jahre später: Symptomatik Verfolgungszustände, Schlafstörungen, Albträume, Angstzustände, Übererregbarkeit, Herzbeschwerden, Atemnot. Ihre Arbeitsstelle sei in den Osten verlegt, jede S-Bahn-Fahrt ein Martyrium.



„Die bislang noch kaum erfolgte Würdigung der Opfer der DDR-Diktatur sowie die rechtliche und medizinisch-psychologische Anerkennung der Schädigungsfolgen erfordert eine über die Beratungstätigkeit weit hinaus reichende Aufklärung der Öffentlichkeit.“

Angst, einen Vernehmer zu treffen. Jede Erinnerung an die DDR-Zeit eine Qual. Stigmatisierung: Frau B. erträgt es nicht, wenn Kollegen DDR-Zeiten nachtrauern, „früher war es doch besser.“ Sie schaltet ab, geht weg. Isolierung. Einer ihrer Vernehmer hatte ihr gesagt: „Uns wirst du niemals los.“

Wahrnehmen, was geschieht:

Es finde eine Verhöhnung der Opfer statt. Herr K. klagt an: Nach fast 20 Jahren, die zwischen seiner Inhaftierung in der damaligen DDR und heutigen Begutachtungen im Rahmen von Entschädigungsleistungen nach dem _ 21 StrRehaG lägen, leide er noch immer an den Folgen seiner Inhaftierung und Einweisung in eine Psychiatrie. Er habe mit Panikattacken, Bluthochdruck, Albträumen, Depressionen und verminderter Leistungsfähigkeit zu kämpfen. Trotz einer lückenlosen Dokumentation der Haftzeit im Stasigefängnis in D. und ärztlicher Befunde der sich daraus ergebenden schweren psychischen Symptome sehe er sich heute einem demütigenden Begutachtungsverfahren gegenüber, in dem Einschätzungen von Mitarbeitern der Staatssicherheit eher Glauben geschenkt werde, als seinen eigenen Erklärungen. Dabei genüge es laut Gesetz nachzuweisen, dass die Wahrscheinlichkeit eines ursächlichen Zusammenhangs zwischen Freiheitsentziehung und daraus resultierender gesundheitlicher Schädigung gegeben sein müsse, um einen Anspruch auf Entschädigungsleistungen zu haben.

Themen:

Editorial	3
Strategiedebatte in der CDU	4
Kirchliches Trauerhaus	7
Evangelisches Leserforum	10
EAK-Fluthilfe	15

2. Das Ausmaß der Schädigung

Die Menschen, die sich in der **Beratungsstelle „Gegenwind“** für politisch Traumatisierte der DDR-Diktatur melden, schildern Erlebnisse aus ihrer Inhaftierungs- und Verfolgungszeit in der ehemaligen DDR, die von Gefühlen der Ohnmacht und des Ausgeliefertseins beherrscht waren. Die Betroffenen wirken in ihrem Selbst- und Fremderleben dauerhaft erschüttert. Das Ausmaß der geschilderten seelischen Zerstörung zeigt große Ähnlichkeit mit den psychischen Folgen, die bei Delikten im Zusammenhang mit sexuellem Missbrauch und Verstößen gegen die sexuelle Selbstbestimmung zu beobachten sind. Dabei hat sich insbesondere der Eindruck der zielgerichteten und bewusst gesteuerten Angriffe auf ihre Integrität tief in die Seele dieser Menschen eingegraben. Das Gefühl, noch heute schutzlos ausgeliefert zu sein, zeigt sich nicht nur bei Menschen, die inhaftiert waren. Sehr verbreitet ist das Wegbrechen von haltgebenden psychischen Strukturen in Zusammenhang mit der Erkenntnis, missbraucht, hintergangen und bespitzelt worden zu sein. Bezeichnenderweise wurden von der Staatssicherheit bei Observierung oftmals Personen aus dem näheren Umfeld „aktiviert“, so dass für die Betroffenen mit Einsicht ihrer „**Gauck-Akten**“ die kaum zu verkraftende Entdeckung gemacht werden musste, von einem nahen Angehörigen jahrelang überwacht und ausspioniert worden zu sein.

Das **Gefühl von Gerechtigkeit und Menschlichkeit ist verloren gegangen**, vielmehr stehen viele der Unfassbarkeit menschlicher Korruptierbarkeit und Destruktivität gegenüber. Dabei scheint besonders das Vertrauen in die Berechenbarkeit menschlichen Handelns zu tiefst erschüttert. Doch gerade Berechenbarkeit ist die Grundlage für den Aufbau von Vertrauen. Durch das gezielte Wegschlagen von Bewältigungsmöglichkeiten wurde ein Höchstmaß an Instabilität der psychischen Selbstregulierung erreicht und damit die Selbstschutzfunktionen in einer Art permanente Alarmbereitschaft versetzt. In Folge entstandene dauerhafte Deformationen der Selbstorganisation sind ernsthafte Veränderungen der Persön-

lichkeit, wie Abspaltungsprozesse, Isolierung von Empfindungen, selbstzerstörerischer Umgang, sowie große Verunsicherungen in Bezug auf die Einschätzung der inneren und äußeren Realität.

Dabei fällt auf, dass viele Betroffene einen Zusammenhang zwischen ihrer eigenen desolaten Befindlichkeit und dem ihnen von außen entgegenschlagenden Klima empfinden.

Den von politischer Willkür in der ehemaligen DDR betroffenen Menschen ist die Fähigkeit, das was ihnen passiert ist einordnen zu können verloren gegangen. Die öffentlichen Diskurse sind bestimmt vom „empathischen“ Umgang mit den Verantwortlichen der DDR-Diktatur. Dies bleibt den Seismographen der jüngeren deutsch-deutschen Geschichte nicht verborgen. Neben den großen Problemen bei der **Anerkennung ihrer Haftschäden**, sowie einer **Gewährung von „psychischer Erstversorgung“**, die nach unseren Erfahrungen einer klassischen psychotherapeutischen Hilfe vorgeschaltet sein muss, beklagen viele der Betroffenen, dass Schutzmaßnahmen in der gesellschaftlichen Realität des wiedervereinigten Deutschland fehlen. Es gebe keine Würdigung der Opfer, die Folgen des totalitären DDR-Systems hätten keinen Platz in den Köpfen der derzeitigen Entscheidungsträger, man wolle das Ausmaß an psychischer Verletzung nicht wahrhaben.

3. Zur Behandlungsweise

In Zeiten knapper Kassen werden Stimmen lauter die sagen, man müsse nun endlich einen Schlussstrich unter die **Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit** ziehen. Dabei werden in besonderem Maße diejenigen Menschen vergessen, die neben einem Systemwechsel von einem totalitären Staat hin zu einer Demokratie zusätzlich die Wunden von Verurteilung und Verfolgung und Zersetzungsmaßnahmen in einem Land voller Repressalien gegen Andersdenkende zu verarbeiten haben. Oftmals traf es ja gerade die Menschen, die sich den systemimmanenten Ungerechtigkeiten in der ehemaligen DDR widersetzen und dafür ein hohes Maß an Leiden und Verunsicherung in Kauf nahmen.

Diese Erkenntnisse sind unerlässlich bei der Konstruktion eines weitgewebten Behandlungsansatzes. Wir mussten die Erfahrung machen, dass die Menschen, die uns aufsuchen, ein gewaltiges Misstrauenspotential in sich tragen. Übermächtig erscheint vielen der Einfluss des Klimas, in dem sie gelebt haben, ein Klima des Misstrauens, des Verratenwerdens, der Ungerechtigkeit, der Willkür. Wohlwollende Hilfsbereitschaft wird leicht umgedeutet in aushorchen, bespitzeln, benachteiligen, entmachten.

Auch wir mussten immer wieder mit Misstrauen, mit Flucht, mit Abbrüchen der zart geknüpften Beziehungen kämpfen. Eine große Herausforderung an die Professionalität des Helfenden ist, dem permanenten Misstrauensdruck der Betroffenen standzuhalten, den immer wiederkehrenden Versuchen der Opfer zu widerstehen, ihr Gegenüber zum Täter zu machen. Das ganze Ausmaß der Destruktivität der menschlichen Beziehungen in der ehemaligen DDR schlägt uns bis heute entgegen. Wie die Fahrt des Odysseus zwischen den Meeresungeheuern Sycyla und Charybdis erscheint das Lancieren zwischen einem zu vorsichtigen Verstehen und einer schnell entstehenden Überversorglichkeit mit dirigistischem Eingreifen. Beides würde die Betroffenen weiter isolieren.

Mit dem Begriff und dem Setting der klassischen Psychotherapie, sei es eine tiefenpsychologisch-fundierte Behandlung, eine Psychoanalyse oder eine Verhaltenstherapie können die meisten Betroffenen zunächst nichts anfangen. Sie empfinden es als zusätzliche Stigmatisierung, nach Verfolgung und Demütigungen nun auch noch als psychisch krank etikettiert zu werden.

Die Kompliziertheit der Situation entsteht nun dadurch, dass trotz eindeutiger psychischer Erkrankungen oft keine Krankheitseinsicht bei gleichzeitigem immenssem Leidensdruck besteht. Mit dem Vorgehen eines vorsichtigen Andockens an einen Pool von Hilfsmöglichkeiten konnten in überzeugender Weise Vorbereitungen für die Annahmefähigkeit auch psychotherapeutischer Hilfen erreicht werden. Dabei war

Fortsetzung auf Seite 4

Liebe Leserin, lieber Leser,

weit über 15.000 Euro haben wir als EAK den Evangelischen Kindergärten im Kirchenkreis Pirna überwiesen. Ich bin sehr froh, dass Sie so großzügig auf meine Initiative „EAK-Fluthilfe“ eingegangen sind. Diese 15.000 Euro werden den Kirchengemeinden und den Kindern wieder etwas mehr helfen, um mit den unsäglichen Schäden fertig zu werden. Ich denke oft an die Menschen vor Ort. Der Winter steht vor der Tür. Sind die Wohnungen alle trocken geworden oder beginnt eine unangenehme kaum zu ertragende Wohnsituation in der langen kalten Jahreszeit? Ich hoffe sehr, dass viele noch rechtzeitig das Schlimmste bewältigen konnten. Frostig und kalt ist es aber nicht nur für diejenigen, die von der Flutkatastrophe heimgesucht wurden. Dies gilt im gleichen Maße auch für die Millionen, die ohne Arbeit sind. Ich habe selten in der Wirtschaft unseres Landes soviel Depression erlebt wie momentan.

Die Mittelständischen Unternehmen wirken wie gelähmt. Wer sollte es Ihnen auch verdenken? Ihr Engagement, Ihr Einsatz, ihr tägliches Kämpfen um das Überleben dankt Ihnen die Bundesregierung nicht. Sie werden weiterhin schwer belastet. Es herrscht ein Investitionsstau. Das Geld wird auf der Bank fest angelegt und nicht in den Betrieb investiert. Es herrscht Bunkermentalität. Wie viele Menschen jetzt im Winter zusätzlich arbeitslos werden, ist kaum auszudenken. Die Bundesregierung hat im Gegensatz zu allen Aussagen vor der Wahl im Nachhinein die **Steuerschraube** angezogen. Die Löcher im Haushalt sind derart groß, dass jetzt an allen Ecken und Enden Geld gemacht werden muss. Dieser Tunnelblick führt zu unerwartet drastischen Konsequenzen. Diese betreffen auch die Kirchen. So plant die Bundesregierung die **Abschaffung der Steuerabzugsfähigkeit von Unternehmensspenden für soziale, kulturelle und kirchliche Zwecke**. Die rot/grüne Bundesregierung schadet mit ihren Steuerplänen massiv dem kulturellen und kirchlichen Leben in Deutschland. Kul-

turelle Errungenschaften werden durch den starren Steuerblick des Finanzministers abgetötet. Die lobenswerte Eigeninitiative von Firmen wird behindert, die Existenz von kirchlichen Einrichtungen stark gefährdet. Die verantwortliche Bürgergesellschaft wird ad absurdum geführt, verantwortliches Handeln ausgebremst. Die Bundesregierung konterkariert mit ihrem steuerpolitischen Vorhaben ihre eigenen Beschlüsse. Sie hatte in der 14. Legislaturperiode das steuerliche Spendenabzugsrecht gerade verbessert, um die Möglichkeiten für private und unternehmerische Initiativen auszubauen. Die Begründung damals: Der Staat hat kein Geld! Jetzt will man mit der Besteuerung derer Geld machen, die man selbst zur Initiative aufgefordert hat. Die rot/grüne Steuerpolitik legt das Land lahm! Was ist die Konsequenz? Wird jetzt vielleicht der Fertigbau der Dresdener Frauenkirche auf dem Altar der Eichel'schen Steuerpolitik geopfert? Eine verantwortliche und aktive Bürgergesellschaft, die sich für das gemeinnützige Wirken von Kirchen und Sozialwerken einsetzt, darf für ihr Engagement nicht bestraft werden. Wir müssen uns gerade als EAK dafür einsetzen, dass dieses Steuervorhaben nicht umgesetzt wird.

In diesem Monat war ich wie schon sooft auf der **Synode der EKD**. Ich habe mich gefreut mit wie viel positiver Resonanz die Arbeit des EAK in diesem Jahr aufgenommen wurde. Es ist wirklich ein positives Faktum, dass die Beziehungen zur EKD sich so intensiv gestalten. Und dies, obwohl wir natürlich an der einen oder anderen Stelle verschiedener Meinung sind. Verwundert hat mich in letzter Zeit die Aussage des Vizepräsidenten der EKD-Synode Thomas Küttler. In einem Interview mit Idea-Spektrum äußerte er, dass sich die CDU spalten solle. In eine Partei, die vor allem wirtschaftlich orientiert sei und in eine, die vor allem christliche Grundsätze wahrnehme. Dies hat mich umso mehr verwundert als die Evangelische Kirche in Deutschland sich in ihren Äußerungen bisher immer vehement dafür ausgesprochen, dass Ökonomie und Ethik, dass christlicher Glaube und



wirtschaftliches Handeln nicht auseinanderdividiert werden dürfen. Die Herausforderung, so die bisherige Meinung der EKD, liege darin, das Leben als Ganzes zu betrachten. Diese richtige Auffassung ist seitens der Evangelischen Kirche in Deutschland zu recht immer wieder an die Politik herangetragen worden. Der Vorschlag von Thomas Küttler widerspricht nun diesem Ansatz, da er der CDU nahe legt, Wirtschaft und Ethik zu trennen. Seine Äußerung verwundert überdies, zumal die EKD in sich selbst viele theologische Auffassungen vereinigt. Die CDU ist in der Lage auf einem klaren Fundament verschiedenes zu diskutieren und Politik erfolgreich zu gestalten. Die CDU ist und bleibt die christlich demokratische Kraft in Deutschland. Die Union lässt sich nicht spalten – und sie lässt sich auch keine Spaltungen nahe legen. Sie gestaltet ihre Politik aufgrund des christlichen Menschenbildes in ethischer und wirtschaftlicher Verantwortung vor Gott und den Menschen. Sie ist die Partei der sozialen Marktwirtschaft und sie wird auch weiterhin deutlich für die Vermittlung des christlichen Wertekanons eintreten.

Ihr

Jochen Borchert, MdB
Bundesvorsitzender des EAK

die niederschwellige Zugangsmöglichkeit, die eine Kontakt- und Beratungsstelle bietet, als eindeutiger Vorteil zu werten.

4. Grundsätze für eine weitere Arbeit

Grundlage der von unserer Beratungsstelle übernommenen Betreuung und Behandlung von traumatisierten Menschen aus der ehemaligen DDR ist die **Gewährleistung von Kontinuität in der Behandlung**. Ohne die Einlösung der zugesicherten finanziellen Ausstattung ist eine verantwortungsvolle Arbeit mit den Betroffenen nicht mehr leistbar, muss sogar aus fachlichen und moralischen Gründen abgelehnt werden, da falsche Versprechungen kontraindiziert sind für Menschen, bei denen die Grundlage für ein neues Vertrauen mühsam wieder aufgebaut werden muss. Um der Gefahr einer Revictimisierung vorzubeugen ist gerade der Faktor Glaubwürdigkeit von großer Bedeutung. Nicht selten schlägt den Opfern der **Vorwurf der Übertreibung** entgegen. Auf den Versorgungsämtern mussten viele bei ihren Antragstellung auf Anerkennung von Haftfolgeschäden die Erfahrung machen, dass ihnen nicht geglaubt wird, sie zu Almosenempfängern degradiert werden und sie als Simulanten hingestellt werden. Die gutachterliche Praxis der Versorgungsämter zeigt jedoch in vielen Fällen, dass sogar Grundkenntnisse der zu begutachtenden Störungen nach dem PTSD (Post Traumatic Stress Disorder) nicht vorhanden sind. Dies ist umso verhängnisvoller, als der Kontakt zu dem beschriebenen Personenkreis hoch sensibel ist und die Gefahr in sich birgt, bei verantwortungslosem Umgang Prozesse eines Opfer-Täter-Verhältnisses zu reaktualisieren. Natürlich spielen auch Übertreibungen eine Rolle, paranoide Anteile müssen auf ihren realen Kern untersucht werden, was häufig sehr schwierig, wenn nicht unmöglich ist. Dabei spielt die konsequent auf Zersetzung eingestellte Taktik der ehemaligen Staatssicherheit eine bedeutende Rolle für das Fortbestehen eines paranoiden Klimas, welches die politisch Traumatisierten weiter stark belastet und eine maßgebliche Störung der Verarbeitung ihrer traumatischen Erfahrungen bedeutet.

Unter dem Begriff der **Schlussstrichmentalität** verstehen viele der Betroffenen eine aus den Fugen geratene Verhältnismäßigkeit. Höhere Rentenbezüge ehemaliger Mitarbeiter der Staatssicherheit, eigene karge Renten, die Folgen von beruflicher Benachteiligung machen den Menschen schwer zu schaffen. Viele der Betroffenen fühlen sich verhöhnt und sind empört darüber, dass die Verantwortlichen für systematisch ausgeübtes Unrecht besser behandelt werden als sie selbst. Darüber hinaus fühlen sich aber auch viele entehrt und um ihre Würde gebracht.

Eine allgegenwärtige Angst, selbst schwach, ohnmächtig, Ausgestoßener zu sein begegnet den Opfern von politischer Verfolgung der ehemaligen DDR im wiedervereinigten Deutschland häufig. Fast scheint es so, als setze ihre Opferrolle in anderen diese Ängste frei. Die Angst vor dem eigenen Abstieg schafft die Distanz den politisch Traumatisierten gegenüber, eine Auseinandersetzung mit den Opfern bedeutet Bedrohung des eigenen Seelenfriedens. Die einsetzenden psychischen Abwehrprozesse der Verdrängung, Verleugnung, Verharmlosung, die voyeuristische Faszination bei „Teilnahme an der

Macht“ verhindern, sich mit den eigenen Ängsten auseinander zu setzen.

Jedes Misslingen kann eben auch Beschämung bedeuten. Mangelnde Leistungsfähigkeit, mangelndes Durchsetzungsvermögen verschaffen das unerträgliche Gefühl von Schwäche, das abgewehrt werden muss. Gefühle der eigenen Unterlegenheit bzw. Minderwertigkeit werden auf die „Opfer“ projiziert.

Die bislang noch kaum erfolgte Würdigung der Opfer der DDR-Diktatur sowie die rechtliche und medizinisch-psychologische Anerkennung der Schädigungsfolgen erfordert eine über die Beratungstätigkeit weit hinaus reichende Aufklärung der Öffentlichkeit. Im Sinne einer zu vermeidenden Revictimisierung der Opfer muss eine den Opfern gerecht werdende Analyse der Folgeschäden und ihrer Konsequenzen in Beratung, Therapie und Begutachtung erarbeitet werden. ■

Anm.:

Stefan Trobisch-Lütge ist seit 1998 Leiter der Beratungsstelle für politisch Traumatisierte der DDR-Diktatur „Gegenwind“ in Berlin.

Wozu fordern „christliche Grundlagen der Politik“ und das „christliche Menschenbild“ heute heraus? Ein Diskussionsbeitrag

Christian Walther

Im Zusammenhang mit der Diskussion über eine neue Strategie in der CDU tauchen immer wieder zwei zentrale Begriffe auf: „christliches Menschenbild“ und „christliche Grundlagen der Politik“. Damit sind offenkundig unverrückbare Grundlagen für Überlegungen gemeint, welche Position die Partei gegenüber aktuellen Problemen wie: **Wirtschaft, Arbeit, Familie, Umwelt, Sicherheit, Bildung aber auch Verteilungsgerechtigkeit, demographische Entwicklung, Zuwanderung**

etc., einnehmen will. Zudem sollen diese Grundlagen in Verständigungsprozessen eine Rolle spielen, die besonders mit jenen Bevölkerungsgruppen angestrebt werden, welche bisher keine oder wenig Neigung zeigten, sich mit den Positionen der CDU überhaupt auseinanderzusetzen, geschweige denn, diese Partei auch zu wählen.

Verständlicherweise strebt eine politische Partei danach, möglichst viele Menschen mit ihrer Botschaft zu erreichen und von ihnen vor allem als eine wählbare politische Alternative aner-

kannt zu werden. Das aber setzt ebenfalls voraus, dass im Verfolgen dieser Absicht Begriffe verwendet und Vorstellungen über Gesellschaft und Staat entwickelt werden, die kommunikabel sind. Ob das freilich bei dem Begriff „christliches Menschenbild“ und „Grundlagen christlicher Politik“ noch der Fall ist, kann füglich bezweifelt werden. Denn bei deren Verwendung wird vorausgesetzt, dass bekannt ist, was mit ihnen ausgesagt werden soll. Aber lässt sich diese Bekanntheit wirklich voraussetzen? Oder steht man vielleicht nur in der Gefahr, mit Begriffen herum zu jonglieren, um Kritikern zu zeigen, dass man als „christliche“ Partei auf einem festen „christlichen Grund“ steht und diesen auch nicht zu verlassen gewillt sei. Indes, wie fest ist dieser Grund eigentlich?

Geistige Grundlage der Partei

Nun wird man von einer politischen Partei vor allem erwarten, dass sie in erster Linie ihre Aussagen zu politischen Sachfragen macht. Aber so ganz wird sich dann trotz solcher Priorisierung des Politischen nicht vermeiden lassen, auch den geistigen Grundlagen, der eigenen Philosophie gewissermaßen, Aufmerksamkeit zu widmen. Im Blick auf das viel zitierte „christliche Menschenbild“ hieße das zum Beispiel, es zum Anlass für eine Klärung zu machen, statt es möglicherweise nur als Beschwichtigungsformel zu verwenden. Geschieht dies, dann könnte sich allerdings zeigen, dass in diesem Begriff mehr Sprengstoff als Konsenskleber steckt.

Versucht man, sich unter der Zielsetzung einer Klärung dem, was als „christliches Menschenbild“ gemeint ist, zu nähern, dann wird man zunächst gut daran tun, es sich nicht als einen Kanon für Verhaltensanweisungen vorzustellen. Gerade in dieser Beziehung besteht in vielen Bevölkerungskreisen eine nicht geringe Abneigung gegen die CDU, weil man mit ihr die Vorstellung von antiquierten Verhaltensanweisungen verbindet. Das „christliche Menschenbild“ bekommt in dieser Perspektive einen Beigeschmack in Richtung: „antiquiert“, „schulmeisterlich“ und „zurück zu Werten“, die auf etwas weisen, das für viele aber gar nicht

mehr erstrebenswert erscheint. Man denke dabei nur an die während des Wahlkampfs 2002 ausgelöste Debatte, ob eine unverheiratete Mutter überhaupt die Kompetenz besitzt und berechtigt ist, im Rahmen einer christlichen Partei familienpolitisch tätig zu werden. Es liegt auf der Hand, dass Vorurteile und Wertkonflikte in den eigenen Reihen jede auf sachliche Auseinandersetzung ausgerichtete Kommunikation bereits im Ansatz zum Scheitern verurteilen.

Wirkung der Tradition des Christentums auf die Gegenwart

Wenn hingegen dieses „Menschenbild“ zum Anlass dafür genommen wird, nach menschlichen Eigenschaften zu fragen, an welche sich die Erwartung knüpfen kann, dass sie Kräfte freisetzen helfen, um Lösungen für Probleme, die uns heute bedrängen, voranzutreiben, dann lässt sich in der Tat eine Verbindung zur Tradition des Christentums herstellen. Christentum soll hier als der in den geschichtlichen Epochen jeweils Gestalt gewordene Glaube verstanden werden, die prägend auf Menschen in je ihrer Zeit gewirkt und in eine eigene Tradition eingegangen ist. In dieser Tradition des Christentums sind die Gestaltwerdungen gewissermaßen aufgehoben. Sich diese Tradition wieder zu erschließen, dabei nach möglicherweise eigenen, neuen Gestalten des christlichen Glaubens zu suchen und daran die Frage zu knüpfen, welcher Beitrag zur Lösung gegenwärtiger Probleme in ihnen stecken mag, wäre in der Tat auch für eine „christliche“ Partei eine lohnende Aufgabe.

Verantwortung des Menschen

Deren Erfüllung würde beispielsweise wieder die Einsicht in jene unüberschreitbaren Grenzen beflügeln, die dem Menschen und seinem Vermögen gesetzt sind. In den „Bekenntnissen“ des Kirchenvaters Augustinus kann man darüber etwas erfahren, wenn er wiederholt in den Reflexionen seines Lebens zu erkennen gibt, dass er ohne Gott nichts ist. Mit ihm aber offenbar alles! Ebenso macht Kierkegaard gegen die im 19. Jahrhundert entwickelte Vorstellung von der „Allmacht“ des Menschen, die ihn befähigen sollte, gewissermaßen sein ei-

gener Heilsbringer und Erlöser zu sein, geltend, dass des „Menschen höchste Vollkommenheit Gott“ sei. Die dem Menschen gesetzten Grenzen zu betonen, heißt jedoch nicht, ihn zu entmutigen, sich an die Lösung seiner Probleme zu wagen. Solche Wirkung hatte man dem Christentum tatsächlich vorgeworfen und es deswegen kritisiert. Es kann auch nicht heißen, einer gegenwärtig verbreiteten Forschungs- und Technologiefeindlichkeit uneingeschränkt das Wort zu reden. Vielmehr soll damit nur zu bedenken gegeben werden, dass auch immer miterwogen wird, was Menschen, – in dem hier zur Debatte stehenden Zusammenhang zum Beispiel Politiker -, wirklich vermögen, und was, wenn sie sich zu überheben drohen, die Folgen sein mögen, die in jedem Falle nicht anonyme Institutionen, sondern Menschen zu verantworten haben werden. Denn alleine ihnen kann Verantwortung zugeschrieben werden.

Demgegenüber erscheint das Modell einer „totalitären Demokratie“ als einem christlichen Menschenbild deutlich unangemessen, wie Trutz Rendtorff ein Staatswesen genannt, hat, in dem eine Selbstverwirklichung des Menschen nur durch seine Gesellschaftlichkeit gelingen könne, also durch Vergesellschaftung oder totale Politisierung. Diese Gefahr entsteht dort, wo der demokratische Staat für sich in Anspruch nimmt, seine Bürger umfassend zu versorgen, aber auch ebenso umfassend fiskalisch und bürokratisch zu reglementieren, sie dadurch gewissermaßen an bestimmte politische Vorgaben (gegenwärtig bevorzugt als Vorgaben im „linken“ Geist verstanden) für ihre Selbstverwirklichung zu binden, und darum Eigenvorsorge und Eigenverantwortung in der Existenzgestaltung des Einzelnen als nachrangig behandelt. Anders formuliert: „Die implizit theologische Struktur der politischen Selbstorganisation wird allein dort sachgemäß wahrgenommen, wo an dem säkularen Charakter von Staat und Gesellschaft in der Weise festgehalten wird, dass die ausdrückliche und definierte Selbstbegrenzung von Herrschaft, auch in der Form der Demokratisierung, den Vorrang hat vor dem Willen zu einer konsequenten ultimativen politischen Selbstverwirklichung des Menschen.“ (T. Rendtorff).

Eine politische Partei jedenfalls, die im Begriff steht, sich Gedanken über eine neue Strategie zu machen, wäre doch nicht damit überfordert, dass in ihr auch solche prinzipiellen Überlegungen angestellt würden, die um die Eigenschaften der **Selbstbescheidung** der Politik, ja der **Demut** der sie Vertretenden kreisen. Sie bilden einen deutlichen Kontrast zu der gegenwärtig beobachtbaren, allerdings wenig sympathischen Neigung zu Großsprecherei, reduzierter Verlässlichkeit und bloßer Selbstinszenierung, die vor allem in der Welt der Medien einen guten Nährboden zu finden scheint.

Rückbesinnung auf die Tugenden

Allein, zu klären, was es mit dem „christlichen Menschenbild“ auf sich hat, erschöpft sich nicht darin, wieder etwas ins Bewusstsein zu heben, was schon vergessen schien, sondern es verlangt jetzt auch, den Blick darauf zu richten, von welchen weiteren Eigenschaften man sprechen muss, will man denn dem Anspruch dieses „christlichen Menschbildes“ gerecht zu werden trachten. Das führt einen, neben anderem, auf das in den letzten Jahrzehnten vernachlässigte Gebiet der Tugenden, deren Verlust heute als die eigentliche Krise der Moral bezeichnet werden kann. Bei Wolfgang Kersting (Kritik der Gleichheit. Über die Grenzen der Gerechtigkeit und der Moral, 2002, S.200 f.) kann man jetzt nachlesen, dass der Begriff Tugend „alle Eigenschaften (umgreift), die eine optimale Funktionsausübung gewährleisten und eine zuverlässige Zweckerfüllung garantieren.“ Geht es darum nicht gerade in der Politik, die nach ihrem Selbstverständnis eine menschengerechte Gestaltung des Zusammenlebens, in dem der Einzelne ein „ehrbares und anständiges Leben“ zu führen vermag, wie Schleiermacher das einmal formuliert hat, zu ihrem allgemeinen Zweck hat? Tugenden dürfen in politischen Strategiedebatten darum eigentlich nicht als eine zu vernachlässigende Größe behandelt werden. Was liegt dann aber näher, als den Diskurs über diese Eigenschaften wieder zu eröffnen.

Dabei wird man dann erneut auf die Tradition des Christentums stoßen, der

es ja mit zu verdanken ist, dass solche Eigenschaften wenigstens in der Vergangenheit eingeübt und gefördert wurden. Geht man nur einmal auf die Reformation zurück, dann springt förmlich auf fast jeder Seite von **Luthers „Freiheitsschrift“** ins Auge, dass menschliches Zusammenleben ohne **Gemeinsinn, Dienstbereitschaft, Ehrbarkeit, Wahrhaftigkeit, Mut** etc. gar nicht zu denken ist. Hinzufügen ließen sich noch: **Treue, Wahrheitsliebe, Unbestechlichkeit, Gerechtigkeits-sinn und Opferbereitschaft.** Wendet man sich darüber hinaus Melanchthon zu, der ja bekanntlich auch als „*praeceptor germaniae*“ in die Geschichte eingegangen ist, dann gehören **Wissen** und ein **gebildetes Urteilsvermögen** gleichfalls zu diesen Eigenschaften. Man könnte geradezu sagen, dass die Gesamtheit aller dieser Eigenschaften das ausmacht, was als **Kulturelite** bezeichnet werden könnte.

Doch wenn man in der Strategiedebatte das berücksichtigen wollte, was oben nur in gebotener Kürze skizziert werden konnte, geriete man dann nicht gerade in Gefahr, mit dem viel beschworenen „**Zeitgeist**“ und seinen meist traditionsvergessenen Spielarten aneinander zu geraten? Das könnte vor allem dort der Fall sein, wo alleine ein „**soziales Menschenbild**“ zum tragenden Grund politischer Gestaltungsmaßnahmen gemacht wird. Im Brennpunkt dieses Menschenbildes steht eine egalitäre Gerechtigkeit, die durch Umverteilung und Gleichschaltung aller Institutionen das größte Glück für die größte Zahl verheißt. Der Sozialstaat wird dafür zum Garanten, der Bürger aber zum sozialen Untertanen. In den Zeitanalysen kritischer Beobachter der sozialstaatlichen Entwicklung wird dieser Umstand besonders hervorgehoben. Die Tradition des Christentums kennt dagegen den Menschen, der sich für die Gestaltung

seines Lebens selbst verantwortlich weiß, der Wahlmöglichkeiten, auch in der Daseinsvorsorge, als Ausfluss seiner Freiheit schätzt. Dem sozialen Menschenbild hingegen ist die Entlastung



von Verantwortung immanent. Der Sozialstaat wird geradezu als Entlastungsinstitution begriffen, indem ihm die Funktion einer umfassenden Daseinsvorsorge als Wahrnehmung der Verantwortung für Verteilungsgerechtigkeit zugewiesen wird. Aber die Folgen dieser Entlastung sind bedenklich. „Die Übergänge von verantwortungsfrei zu verantwortungslos und von verantwortungslos zu würdelos“, schreibt Meinhard Miegel (Die deformierte Gesellschaft, Berlin 2002, S. 237f.), „sind nämlich fließend. Menschen, die selbst für die Wechselfälle des Lebens ein Stück der Verantwortung tragen, unterscheiden sich von denen, die das nicht tun.“

Andere Kritiker der sozialstaatlichen Entwicklung sehen darin nicht nur eine Expansion, die beharrlich an Grenzen der Finanzierbarkeit stößt und darum durch immer neue, fiskalisch verordnete Solidaritätsakte zu überwinden getrachtet wird, sondern prinzipiell den Versuch, eine an der Egalität orientierte Verteilungsgerechtigkeit zu exekutieren, die ins Leere zu gehen droht. „Die sich der Herstellung materialer Gleichheit widmende Egalisierungspolitik kann darum auch keine operationelle Sicherheit gewinnen. Der Gerechtigkeitspolitiker, der diesem egalitären Verständnis von Verteilungsgerechtigkeit folgt, wird

nie wissen können, wo die Grenze zwischen moralisch zulässiger und moralisch unzulässiger materieller Ungleichheit verläuft. Daher wird sein Egalisierungsprogramm nie zu einem Ende kommen.“ (Wolfgang Kersting a. a. O. S. 99 f.).

Könnte aber das Ende von einer ganz anderen Seite nun doch in Sicht kommen, dort nämlich, wo die demographische Entwicklung es erzwingt, wo einfach nicht mehr genug Menschen nachwachsen, um den Generationenvertrag noch zu erfüllen und eine Zuwanderung nicht die erhoffte Entlastung bringt? Bevölkerungswissenschaftler wie Meinhard Miegel machen auf diesen Umstand schon seit Jahren aufmerksam. Politische Blindheit, verursacht durch die Sucht, die Gesellschaft zu modernisieren und vorzugsweise mittels fiskalischer Maßnahmen auch umzuerziehen, hindert aber offensichtlich daran, sich mit unangenehmen Realitäten auseinanderzusetzen.

Bemerkenswerter Weise wird derzeit angeregt, auf der Grundlage des „christlichen Menschenbildes“ auch unpopuläre Forderungen zu erheben. Allerdings fehlt eine dezidierte Angabe, welcher Art solche Forderungen sein sollen. Diesem Mangel ließe sich allerdings abhelfen, wenn man in der CDU wenigstens den Mut hätte, Realitäten, wie beispielsweise Deformationsprozesse in unserer Gesellschaft, nicht zu verdrängen, sondern die Auseinandersetzung mit ihnen in die Öffentlichkeit hinein zu tragen. Die „christlichen Grundlagen der Politik“ sowie das „christliche Menschenbild“ sollten dazu eigentlich Ermutigungen darstellen. Vor der Bevölkerung bräuchte man dabei keine Angst zu haben, dass das Wählerstimmen kosten könnte. Denn schon längst ahnt man hier, wie die Lage wirklich ist. Darum würde ein offenes Wort sicher mehr geschätzt werden als politstrategische oder wahltaktische Beschwichtigungs- und Verneblungsbemühungen zum Beispiel unter dem Stichwort „Modernisierung“.

Anm.:

Prof. Dr. Christian Walther war bis zu seiner Emeritierung an der Bundeswehrhochschule in Hamburg tätig.

Emmaus. Kirchliches Trauerhaus gGmbH

Ein Projekt des Evangelischen Kirchenkreises Lennep zur Förderung der Trauerkultur

Martin Dutzmann

Seit einigen Monaten interessiert sich nicht mehr nur die lokale und regionale Presse für das Projekt Emmaus. Kirchliches Trauerhaus gGmbH des Evangelischen Kirchenkreises Lennep im Bergischen Land. Selbst der „Spiegel“ (7/2002) widmete dem Vorhaben einen mehr oder weniger bissigen Artikel, und auch der „Rheinische Merkur“ (16/2002) berichtete ausführlich. Das Interesse der Medien wurde vor allem durch ein Detail des Konzeptes geweckt, nämlich durch die Absicht, trauernden Menschen nicht allein seelsorgerliche Begleitung, sondern auch die Durchführung der Bestattung ihres Angehörigen anzubieten. Das birgt Konfliktstoff, doch ist dies – wie gesagt – nur ein Detail des Projektes.

Worum geht es?

Die Zielsetzung des Konzeptes Emmaus. Kirchliches Trauerhaus gGmbH lässt sich am ehesten mit Hilfe einer Situation verdeutlichen, die sich so oder ähnlich wohl täglich in dieser Republik abspielt:

An einem Dienstagmorgen ruft der Bestatter den Pfarrer an, um den Termin für eine Beerdigung zu verabreden. Als der Pfarrer nachmittags die trauernde Familie besucht, erfährt er, was in der Nacht zuvor geschehen ist: Herr und Frau M., beide fast siebzig Jahre alt, sind am Abend gegen 23.00 Uhr zu Bett gegangen. Es ist ein Tag wie jeder andere gewesen. Nachts gegen 1.00 Uhr wacht Frau M. auf, weil ihr Mann unregelmäßig atmet und eigenartige Geräusche von sich gibt. Dann setzt sein Atem aus. Der Ehefrau wird langsam bewusst, dass ihr Mann, mit dem sie über vierzig Jahre verheiratet war, soeben gestorben ist. In ihrer Not ruft sie den Hausarzt an, der auch sofort

kommt und den Tod feststellt. Er rät ihr, einen Bestatter zu verständigen. Auch der Bestatter kommt noch in der Nacht und transportiert den Verstorbenen vor Morgengrauen zum Friedhof... Schon, als der Pfarrer seinen Besuch macht, hat die Frau das Gefühl, etwas falsch gemacht zu haben: „Es ist alles so schnell gegangen!“ Niemand hat ihr den Raum und die Zeit für einen angemessenen Abschied angeboten. Darunter hat sie noch Monate zu leiden...

Raum und Zeit für einen angemessenen Abschied zu geben, darum geht es. Dass dieser Raum und diese Zeit in unserer Gesellschaft allzu oft zu knapp bemessen sind oder gänzlich fehlen, hat vielfältige Ursachen, die einer ausführlichen Analyse bedürften. Ein Grund ist sicher darin zu suchen, dass die Menschen im Umgang mit dem Tod und mit den Toten unsicher geworden sind. Wie sollte es auch anders sein, wenn es inzwischen Scharen von vierzig- bis fünfzigjährigen gibt, die nie in ihrem Leben einen toten Menschen sahen! Was soll solchen Menschen denn anderes einfallen, als im Todesfall einen Bestatter zu rufen, der schnell und routiniert alles erledigt.

Dass es auch anders geht, zeigt folgende Situation, die es aber wohl seltener gibt als die zuerst beschriebene:

Der Pfarrer besucht eine sterbende 24 Jahre alte Frau. Als er das Haus verlassen will, fragt ihn die Mutter ängstlich: „Was ist eigentlich zu tun, wenn S. gestorben sein wird? Wir haben doch gar keine Ahnung, was man da machen muss.“ Der Pfarrer rät, zunächst einmal die Tote zu waschen, sie mit eigenen Kleidungsstücken anzukleiden und wieder in ihr Bett zu legen. Dabei könnte der Pflegedienst helfen. Er informiert darüber, dass ein verstorbener Mensch bis zu 36 Stunden in der Woh-

nung bleiben darf und dass man keineswegs sofort einen Bestatter verständigen muss. Außerdem bietet der Pfarrer an, die Verstorbene auszusegenen, um so dem Abschied Gestalt zu geben. – Am darauf folgenden Morgen ruft die Mutter den Pfarrer an und setzt ihn davon in Kenntnis, dass die Tochter am Abend zuvor verstorben ist. Mittags findet in Gegenwart der Eltern, der Schwester und der Großmutter die Aussegnung statt. Das Sterbezimmer ist mit Blumen geschmückt und an vielen Stellen brennen Kerzen, als die schlichte liturgische Feier stattfindet. An diesem Tag kommen noch viele Menschen ins Haus, um Abschied zu nehmen: Freundinnen und Freunde, Verwandte, Nachbarn. Manchmal breitet sich eine fast heitere Stimmung aus. Es ist später Abend, als der Leichnam von einem Bestattungsunternehmen abgeholt wird. Einige Tage später findet die Trauerfeier zur Einäscherung in der Kirche statt, in der die Verstorbene zehn Jahre zuvor konfirmiert worden ist...

Emmaus. Kirchliches Trauerhaus gGmbH will Menschen helfen, bewusst von ihren Verstorbenen Abschied zu nehmen und die Zeit zwischen dem Tod des Angehörigen und seiner Bestattung bzw. der Trauerfeier zur Einäscherung als eine für den weiteren Trauerprozess wichtige Zeit zu entdecken. Dazu will Emmaus – für den Fall, dass eine häusliche Aufbahrung des Toten nicht möglich ist – geeignete Räume zur Verfügung stellen und ein Angebot intensiver seelsorgerlicher Begleitung machen. Ein kirchliches Haus wird natürlich zunächst den zuständigen Gemeindepfarrer bzw. die zuständige Gemeindepfarrerin zu erreichen versuchen. Die Begleitung muss aber auch dann gewährleistet sein, wenn Pfarrer oder Pfarrerin verhindert sind. Die Trauernden, sollen – wenn sie es möchten – möglichst viele Dinge selbst tun kön-

nen, um so im wahrsten Sinne des Wortes zu „be-greifen“, dass ein nahe stehender Mensch nun tot ist. Dies wiederum setzt auf der Seite der Trauernden Information voraus, die sie am besten vor Eintritt des Trauerfalles aufnehmen. Deshalb soll Emmaus zugleich eine Bildungseinrichtung in Sachen Sterben, Tod und Trauer sein.

Warum aber kümmert sich ausgerechnet die Kirche darum?

Dass die Zeit nach dem Tod eines Menschen von besonderer Bedeutung ist, ergibt sich eindeutig aus den biblischen Zeugnissen von Tod und Auferstehung Jesu Christi. Denn daran haben Christen sich in allem, was sie über Sterben, Tod und ewiges Leben zu sagen haben, zu orientieren (vgl. 1. Korinther 15). Bei genauer Lektüre der Evangelienberichte fällt etwas auf, was uns vertraut ist, sich aber durchaus nicht von selbst versteht: Die Auferweckung Jesu erfolgt nicht schon am Abend des Karfreitag, sondern erst nach drei Tagen. Alle vier Evangelisten berichten davon, dass diese Tage eine wichtige und gefüllte Zeit des Ab-

schiednehmens sind. Zwar ist Jesus tot, als nach unsäglichem Leiden am Kreuz seine vitalen Funktionen aussetzen. **Aber es gehört zu seinem Sterben offenbar noch dazu, dass dies im Bewusstsein derer anlangt, die ihn im Leben begleitet haben.** Dazu kommt es, indem die Trauernden nach jüdischem Brauch viele Dinge tun: Josef von Arimathäa geht zu Pilatus und bittet um Herausgabe des Leichnams Jesu. Er wickelt den Verstorbenen in ein Leinentuch und bestattet ihn in einem Felsengrab. (vgl. Matthäus 27, 57ff.). Maria von Magdala und Maria, die Mutter des Jakobus und Salome kaufen wohlriechende Öle, um den Leichnam Jesu zu salben. Dazu betreten sie das Grab. (vgl. Markus 16,1ff. In dem parallelen Bericht Lukas 24,1ff. wird erzählt, dass die Frauen die wohlriechenden Öle selbst zubereitet haben.). Die Emmausjünger nutzen die Zeit zum erinnernden Gespräch. Traurig erzählen sie einander von ihrer Zeit mit Jesus, von seinem gewaltsamen Tod und von ihren enttäuschten Hoffnungen (vgl. Lukas 24, 13ff.). Und schließlich Thomas: Er bekommt die Abschiedszeit gleichsam nachträglich gewährt, als der Auferstandene ihn die Finger auf die tödlichen Wunden legen lässt (vgl. Johannes 20, 24ff.).

Viele Dinge tun die Trauernden also in den drei Tagen, die zwischen der Kreuzigung Jesu auf Golgatha und seiner Auferweckung vergehen. Auf unterschiedliche Weise sind sie bemüht, die Tatsache des Todes Jesu zu erfassen: durch „Be-greifen“ im wörtlichen Sinne (Josef von Arimathäa, die Frauen, Thomas) und durch den Versuch, die Situation im Gespräch gedanklich zu erfassen und zu verarbeiten (Emmausjünger). Dabei geschieht etwas Bemerkenswertes: Die, die bei dem Verstorbenen bleiben und ihm die Ehre erweisen, werden die ersten Empfängerinnen und Empfänger der Auferstehungsbotschaft (nur von Josef von Arimathäa wird das nicht erzählt). Kon-





zentriert ist dieser Zusammenhang in der Geschichte von Thomas anzuschauen: Thomas kann das Wunder der Auferstehung Jesu erst erfassen, nachdem er sich durch Berührung der tödlichen Wunden an Jesu Leib des Todes Jesu vergewissert hat.

Aus dem Gesagten ergibt sich: Angesichts dessen, was an dem verstorbenen Jesus Christus nach Eintritt seines Todes getan wird, wird man sich Gedanken darüber machen müssen, wie heute angemessen mit Verstorbenen umzugehen sei. Dass dies zu geschehen hat, kann für Christen nicht fraglich sein. Das hat schon die Alte Kirche gewusst, als sie sehr früh den in Matthäus 25, 31ff. aufgezählten sechs Werken der Barmherzigkeit die Bestattung als siebtes Werk hinzufügte.

Warum aber beschränkt sich die **Emmaus. Kirchliches Trauerhaus gGmbH** nicht auf das Angebot seelsorgerlicher Begleitung – was ohnehin Aufgabe der Kirche ist – sondern beabsichtigt den Einstieg in das Bestattungsgewerbe?

Vier Gründe, die sich zum Teil aus den bisherigen Darlegungen ergeben, seien genannt:

1. Der **theologische** Grund: Wenn die Kirche sich in ihrem Reden und in ihrem Handeln im Bereich von Sterben, Tod und Trauer an dem Weg Jesu Christi orientiert – und das tut sie seit Paulus (vgl. 1. Korinther 15) – und wenn sie sich dem biblischen Menschenbild verpflichtet weiß, das Leib, Seele und Geist als Einheit sieht, dann hat sie auch die „handwerkliche“ Seite des Bestattens mit zu verantworten.
2. Der **seelsorgerliche** Grund: Wenn ein Mensch gestorben ist, führt in der Regel ein Bestatter das erste Gespräch mit den Trauernden. Dass dabei entscheidende Weichen für die weitere Zeit des Abschiednehmens gestellt werden, zeigen die oben geschilderten Situationen hinlänglich.
3. Der **wirtschaftliche** Grund: Ein Trauerhaus mit Räumen zum Abschiednehmen vor allem aber mit ausgebildeten Trauerbegleitern und -begleiterinnen kostet Geld. Dieses Geld aber kann die Kirche nicht „vom Laufenden“ bezahlen; es muss verdient werden. Deshalb soll der **Emmaus. Kirchliches Trauerhaus gGmbH** ein Bestattungsunternehmen als Zweckbetrieb angegliedert werden.
4. Der **politische** Grund: Es ist nicht zu

akzeptieren, dass Menschen, die nach dem Tod eines Angehörigen oft zutiefst hilflos und verunsichert sind, ausschließlich auf private Helfer angewiesen sind. In diese Landschaft gehört auch ein gemeinnütziges Angebot!

Dass die Bestattungsunternehmer in der Region, der Bundesverband der Bestatter und die Handwerkskammern von der Idee des Kirchenkreises Lennep nicht eben begeistert sind und sich in den Medien ablehnend bis polemisch äußern, kann man nachvollziehen. Das Angebot des Kirchenkreises an private Bestattungsunternehmer, **Emmaus** gemeinsam mit ihnen zu betreiben, hat bisher nicht zu konkreten Vereinbarungen geführt. So wird die **Emmaus. Kirchliches Trauerhaus gGmbH** in den nächsten Wochen gegründet werden. Das Ziel einer Verbesserung der Trauerkultur ist zum Teil bereits jetzt erreicht. Allein die Veröffentlichung des beabsichtigten Projektes hat dazu geführt, dass der Diskurs über unseren Umgang mit Toten und Trauernden neu in Gang gekommen ist und auch schon konkrete Folgen in Gestalt angemessener Abschiedsräume auf kirchlichen Friedhöfen gezeitigt hat. Aber es bleibt noch viel zu tun. ■

Anm.:

Dr. Martin Dutzmann ist Superintendent des Kirchenkreises Lennep.



Seit Dezember 2001 haben insgesamt 529 Leserinnen und Leser **22.526,49 EUR** (= 44.057,98 DM) für die Evangelische Verantwortung gespendet. **Wir möchten uns herzlich bei Ihnen für diese Unterstützung bedanken.**

Unterstützen Sie die Arbeit des EAK der CDU/CSU:

Konto: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Konto-Nr. 112 100-500
oder Sparkasse Bonn, BLZ 380 500 00, Konto-Nr. 56 267

Informieren Sie sich über die Arbeit des EAK:
Internet: www.evangelischer-arbeitskreis.de

Bitte schreiben Sie auf dem Überweisungsträger deutlich Ihren Namen und Ihre Adresse. Sie erleichtern damit Frau Scheel die Bearbeitung. Herzlichen Dank!

Evangelisches
Leserforum



Wie „konservativ“ dürfen evangelische Christen sein?

Überlegungen aus Anlass des Buches von Johannes Wirsching, *Ich trete aus der Kirche aus. Aus einem theologischen Briefwechsel*, Verlag Hartmut Spenner, Waltrop 2000, 9,50 Euro

Das Buch von Johannes Wirsching, das in diesem Artikel vorgestellt und mit einigen eigenen Überlegungen kommentiert wird, ist ein faszinierendes Buch! Es verdient eine über eine übliche Rezension hinaus gehende Aufmerksamkeit. Nur 124 Seiten – aber die wirken nach dem Lesen noch lange nach. In dem Briefwechsel zwischen Alexandra von Sintersheim und ihrem Gemeindepfarrer Frank Oppenau prallen zwei Welten aufeinander, die einmal eng miteinander verbunden waren und sich gegenseitig gestützt und befruchtet hatten: das deutsche Bildungsbürgertum und die evangelische Kirche. Das Zusammenbrechen dieser Beziehung hat zu dramatischen Verlusten auf beiden Seiten geführt. **„Wir stehen mitten in der Verpöbelung aller Gesellschaftsschichten, die Kir-**

che nicht ausgenommen.“ So beschreibt ein persönlicher Bekannter von Frau von Sintersheim deren tiefste Ahnung in einem Gespräch mit Johannes Wirsching, das dieser dem Briefwechsel als Nachwort beigefügt hat. „Verpöbelung“ ist zunächst eine soziale bzw. sozialpsychologische Kategorie und dann auch eine ästhetische. Wenn sie aber – wie hier – auf Glaubens- und Gewissensfragen angewendet wird, bezeichnet sie auf keinen Fall ein dem Menschen „nur“ Äußeres. Was ist in unserer Kirche passiert, dass ein Mensch zu der Meinung kommt, sein Gewissen und seinen Glauben nur so vor der allgemeinen Verpöbelung bewahren zu können, dass er die Kirche verlässt? Gibt es für Menschen, die sich als konservativ verstehen und bekennen, keinen Platz mehr in unserer Kirche?

Alexandra von Sintersheim ist mit vier Kindern in einer norddeutschen Großstadtgemeinde zugezogen. Sie stammt aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten. Ihr Mann war Johanniter und als Leitender Ingenieur unter nie geklärten Umständen bei einem politisch motivierten Anschlag auf seine Firma ums Leben gekommen. In der bisherigen Gemeinde hatte die Familie eine geistliche Heimat, die sich nach dem Tod des Mannes ganz besonders bewährt hatte. Geistliche Heimat sucht nun Frau von Sintersheim auch in der neuen Gemeinde. Darum wartet sie nicht, bis sich die Gemeinde bei ihr meldet, sondern sie stellt sich und ihre Familie in einem Brief dem Pfarrer vor, zu dessen Gemeinde sie jetzt gehört. Das ist ungewöhnlich. Es zeugt nicht nur von kultiviertem persönlichem Stil, sondern auch von einem

sehr entwickelten Kirchenverständnis: **Kirche nicht nur als Dienstleister für die Menschen, sondern als Gemeinschaft der Glaubenden, die durch die Mitarbeit Glaubender stark wird.** Geistliche Heimat gewinnt leichter, wer zu persönlichem Engagement bereit ist. So entsteht der Briefwechsel, den Johannes Wirsching nach langem Zögern der Öffentlichkeit übergeben hat. Er hat die Namen der Beteiligten geändert, rein persönliche Mitteilungen fortgelassen, die Briefe auch gelegentlich gestrafft und gekürzt.

Auf den ersten Brief seines neuen Gemeindeglieds antwortet der Pfarrer freundlich und umsichtig. Auch die vier Kinder erhalten jeweils ihren eigenen Willkommensgruß, was bei ihnen große Freude auslöst. Der Pfarrer schickt den Veranstaltungskalender der Gemeinde mit und gibt einen besonderen Hinweis auf den „Öko-Garten mit interessanten Zuchtversuchen und Naturdüngungsverfahren“; nicht ohne Stolz merkt er an, dass der Blumenschmuck für den Altar umweltfreundlich gewonnen wird. **Geistliche Heimat** für Alexandra von Sintersheim? Christliche Gemeinde als Verdoppelung und Verstärkung von Bewegungen und Programmen, die auch ohne die Kirche laufen würden? Der älteste Sohn steht vor dem Abitur und findet am neuen Ort die Leistungskurse nicht, die er braucht. Die altsprachlichen Gymnasien haben keine freien Plätze für die beiden mittleren Kinder. Das jüngste ist herzkrank. Wer in solcher Situation einer Gemeinde Mitarbeit anbietet, erwartet spezifisch kirchliche Betätigungsfelder und keine Aktivitäten, die wohl gesellschaftlich nützlich sind, aber

auch ohne die Kirche gepflegt werden.

Bereits der Anfang lässt ahnen, dass zwischen dem Pfarrer und seinem neuen Gemeindeglied **eine Beziehung entsteht, die ein großes Streitpotenzial in sich hat.** Es ist zugleich zu vermuten und wird dann auch Brief um Brief bestätigt, dass es um die Frage geht, welchen Platz Konservative in der evangelischen Kirche finden können. Das ist die aktuelle Zuspitzung des historischen Befundes vom Ende der Symbiose zwischen dem deutschen Bildungsbürgertum und der evangelischen Kirche.

Was heißt „konservativ“?

Das Stichwort taucht in einem Brief auf, in dem Frau von Sintersheim ihren Pfarrer an das massenmediale Mobbing gegen den damaligen sächsischen Justizminister und Präsidentschaftskandidaten **Steffen Heitmann** erinnert. Heitmann hatte sich das Stigma des Konservativen eingehandelt, weil er eine wehrhafte Demokratie einem Nachwächterstaat vorzog, weil er für Fleiß, Pünktlichkeit und Ordnung eintrat, statt Faulheit und Drückebergerei gut zu finden, weil er die Familie bejahte und die Rolle der Mutter. Alles vernünftig, nach dem 11. September 2001, nach Pisa und Erfurt sogar sehr vernünftig. Vernünftig, weil frei von modischen Ideologien und ihren Heilsversprechungen. Dahinter steht biblischer Realitäts-sinn. Aber – so erlebt es Frau von Sintersheim – der Begriff konservativ ist „das zeitgenössische Brandmal, der neue Judenstern“, ein Verfolgungsbegriff also. Steffen Heitmann konnte in diesem Sinne unter allgemeinem Beifall politisch verfolgt werden,

ohne dass ihm seine Kirche zur Seite stand. „Vielmehr haben rheinische Synodale, nordelbische Feministinnen, eine Bischöfin eingeschlossen, den Rücktritt des ‘Neonazis’ bejubelt und von der geretteten gesellschaftlichen und christlichen (christlichen?) Freiheit gesprochen.“ **Ist also biblischer Realismus aus der Kirche ausgezogen?** Haben es deshalb „Konservative“ in ihr so schwer?

Konfliktfelder im Gemeindealltag

Der Briefwechsel berührt Konfliktfelder, die für die gegenwärtige Kirche nicht untypisch sind.

- Der **Kirchentag** ist für Pfarrer Oppenau Zeichen neuen geistlichen Lebens. Frau von Sintersheim kritisiert seine politische Einseitigkeit und „Theologiearmut“. Offen bleibt dabei, ob sie den Kirchentag aus eigener Teilnahme kennt oder nur aus der Presse. Einst durchaus diskussionswürdige politische und theologische Vorbehalte haben sich so verselbständigt, dass das der Öffentlichkeit vermittelte Bild des Kirchentags ein wenig zutreffendes ist.
- Die zur Mitarbeit bereite und theologisch hoch versierte Frau erscheint für das Lektorenamt geradezu prädestiniert. Aber der Pfarrer teilt mit, dass es in der Gemeinde gar **kein Amt** mehr gibt, also auch nicht das Lektorenamt! „Für uns gibt es kein selbständiges Amt, das zu besetzen bzw. neu zu besetzen wäre, wobei dann weltliche Eignungsmaßstäbe greifen müssten. Es verhält sich genau umgekehrt. Nicht vom Amt aus wird gefolgert, wer es innehaben kann, sondern der jeweilige Amtsinhaber umreißt und füllt das Amt... Der Pfarrer ist auch hier keine Amtsperson, sondern nur Freund, Berater.“ Pfarrer Oppenau bringt mit diesen knappen Sätzen eine Stimmung zur Sprache, die ziemlich verbreitet ist. Die Verleugnung des Amtes bedeutet Verleugnung der Amtsaufgaben. Kirchliche Arbeit wird von den subjektiven Befindlichkeiten der daran Beteiligten abhängig.
- Wo Verwirrung in der Amtsfrage herrscht, kann Verwirrung beim **Gottesdienst** nicht ausbleiben. Er ist in dieser nord-deutschen Großstadtgemeinde den einzelnen Gemeindegruppen mit ihren jeweiligen Neigungen ausgeliefert, hat immer nur Ausschnitte der Gemeinde vor Augen, lebt von wechselnden Übereinkünften und Absprachen und verfehlt also programmatisch seine gesamtkirchliche Ausrichtung. Der Leib des Herrn wird zerteilt! Der Gottesdienst, seiner Mitte beraubt, hat dann auch kein kulturell anspruchsvolles Niveau mehr. Er lebt nicht mehr von bewährten Regeln, die dieses Niveau sichern würden, sondern von Ausnahmen, die es kaputt machen.
- Besonders heftig erlebt Alexandra von Sintersheim den Widerspruch zwischen dem Pfarrer und ihren Erwartungen beim **Gottesdienst am Heiligen Abend**. „Ich habe fast nur Klagen gehört – und Anklagen. Dabei war die Kirche brechend voll – eine jäh und gedrängt erscheinende Kasualgemeinde. Und die ist nur gekommen, um sich lauter Klagen anzuhören? Oder Vorwürfe entgegenzunehmen? Ich habe uns alle ein bisschen bedauert. Die Menschen, die aus einem – vielleicht unklaren –

Sehnsuchtsempfinden, einem allgemeinen Glücksbedürfnis oder auch nur in aufwallender Unmittelbarkeit weihnachtliches Wohlstandsverhalten mitvollziehen, sind nun nicht mehr das Volk, das im Finstern sitzt und ein großes Licht zu sehen beginnt (Mt 4,16), sondern gelten mit einem Mal als Gegner des Evangeliums, die die Schuld am Niedergang des echten Weihnachtsfestes tragen. Nichts von der großen Freude, die allem Volk widerfahren soll (Lk 2,10), aber viel Klagen (über die weltweit ungerechten Sozialatbestände) und Anklagen (gegen die dafür verantwortlichen Wohlstandsbürger)!“ Kirche, die das Evangelium verrät, weil sie die Chancen für das Evangelium nicht nutzt.

- Es wäre verwunderlich, würde nicht auch das so genannte **Kirchenasyl** zum Gegenstand der Auseinandersetzungen. Alexandra von Sintersheim sieht darin eine Fortsetzung des Kirchenkampfes der NS-Zeit. „Endlich hat man sie wieder, die Großkonfrontation mit dem Staat! Das Besondere der Kirche Jesu Christi kann nun wieder gegen den ‘faschistoiden’ Staat und seine Übergriffe verteidigt werden. Wir werden alles besser machen als unsere Väter und Mütter. Wir werden es auch besser machen, denn wir haben nicht nur die bessere Einsicht, wir sind auch besser!“
- Der älteste Sohn von Frau von Sintersheim steht zur Musterung an und nimmt die Beratung seines Gemeindepfarrers in Anspruch. Er erfährt, dass die Wehrdienstverweigerung, besser noch: die Totalverweigerung die dem Christen gebotene Entscheidung sei. Der Pfarrer und seine Gemeinde stützen ihren **radikalen Pazifismus** inzwischen auch auf das Soldaten-Mörder-Urteil des BVG. Alexandra von Sintersheim nennt es in sprachlicher und logischer Hinsicht unsäglich dürftig und weist den Pfarrer auf den Selbstwiderspruch hin, wenn Christen dieses Urteil für sich gelten lassen: „Sehen Sie, mit einem Male, ausgerechnet an dieser Stelle, gebärdet sich die christliche Gemeinde geradezu überwältigend verfassungstreu. Ich kenne jedenfalls keinen einzigen kirchenamtlichen Widerspruch gegen das Karlsruher Urteil. Wenn aber der Schutz von Ehe und Familie zur Debatte steht, der ja auch Verfassungsrang hat und ein Staatsziel darstellt, dann, so meinen Sie, müsse man Gott mehr gehorchen als den Menschen (der Verfassung) – damit ja nicht etwa Lesben und Schwule aus der Gemeinde ausgegrenzt würden ...“. Die kluge und engagierte Frau schreibt nicht nur Briefe. Sie hat ihre Position in dieser Sache auch in einer Gemeindeversammlung vertreten. Sie hat – zumindest durch ihren Argumentationsstil – die Jugendlichen beeindruckt. Der Pfarrer ist aber nicht in der Lage, sich für die ihr widerfahrenen Aggressionen zu entschuldigen; er rechtfertigt sie vielmehr auch noch in einem seiner Briefe. Der besonders aggressiv aufgetretene Jugenddiakon erhält aber einen landeskirchlichen Auftrag zur Entwicklung friedenspolitischer Neuansätze! Welche Möglichkeiten bleiben da dem Gemeindeglied, seine in der Taufe begründeten Christenrechte geltend zu machen?

■ Die Tochter geht zum **Konfirmandenunterricht**, den eine Vikarin mit jugendlichen Helfern zusammen durchführt. Nach nur vier Zusammenkünften der Konfirmandengruppe tritt sie mit Zustimmung ihrer Mutter wieder aus. Sie will sich nicht gegen ihre Mutter ideologisch indoktrinieren lassen. Das war zu erwarten. Bei dem vorangegangenen Treffen der Konfirmanden-Eltern hatte die Vikarin diese schon auf ihr emanzipatives Programm so eingeschworen, dass ein Gespräch gar nicht möglich war. „Was dann noch folgte, waren hingenuschelte Schlachtrufe einer geradezu steinzeitlichen Linkspädagogik – Kenner erlebten eine Lachnummer! –, wobei die Vikarin würdevoll tat wie ein Emeritus der Weltrevolution.“ Können Eltern wollen, dass ihnen die Kirche ihre Kinder absichtlich entfremdet?

Die vielen Zitate sollen zunächst Interesse an eigener Lektüre des Buches wecken. Sie sollen aber auch zeigen, dass die harte Kritik an der Gemeinde und ihrem Pfarrer keineswegs oberflächlich daher kommt. Frau von Sintersheim spürt sehr genau die hintergründigen theologischen Fehlhaltungen auf, die für die praktischen Mängel des Gemeindelebens verursachend sind. Sie **betreibt nicht Praxisschelte, sondern Theologiekritik**. Darum ist das Buch auch für Menschen wichtig, die ganz andere kirchliche Praxis als die in ihm geschilderte kennen. Die gibt es ja auch! Dem erschreckenden Kirchenbild des Buches lassen sich mühelos überzeugende Gegenbeispiele entgegensetzen. Warum kommen solche bei Frau von Sintersheim überhaupt nicht in den

Blick? Warum bleiben ihre Beobachtungen auf die Grenzen der Parochie fixiert, in die sie zufällig durch ihren Umzug hinein geraten ist?

Es ist wohl die Theologie im Hintergrund, die sie so gefangen nimmt, dass die Frage nach dem Kirchenaustritt für sie unabweisbar wird. Normalerweise bleiben unsere Gemeinden auch bei schlechter Theologie relativ lange gesund. Auf Dauer aber **führt falsche Theologie zu schlechter Praxis**. Darum ist es für jede Art von Praxis – auch für momentan gute Praxis! – nötig, sich den theologischen Hintergründen zu stellen, die in der schlechten Praxis wirksam sind. Hier liegt die besondere intellektuelle Leistung der Briefe, die Frau von Sintersheim ihrem Gemeindepfarrer schreibt.

Theologische Fehlentscheidungen

Worum geht es im christlichen Glauben? Sehr früh schon schreibt Alexandra von Sintersheim ganz **auf der Spur reformatorischen Glaubens**: Die Wahrheit des Glaubens ist strittig. „Wir müssen um sie streiten und werden dabei lernen, wir ringen um Antworten und erhalten sie aus der Fülle des biblischen, des kirchlichen Erbes.“ Glaube ist angefochten und bedarf deshalb des Wortes und der Sakramente. So bekommt er aber auch den nötigen langen Atem, um die Kurzatmigkeit der Welt zu ertragen, und die innere Kraft, auf die Welt gestaltend einzuwirken. M. a. W.: Die Zuwendung zu Gott bedeutet nicht Abwendung von der Welt. Denn Gottes Heil gilt der Welt. Gott sendet die ihm Zugewandten in die Welt und behält sie doch zugleich bei sich. Verliert die Kirche die

Gottesbeziehung, verliert sie sich an die Welt. Die Gottesbeziehung fördert nicht die Weltflucht, sondern stärkt die Weltbeziehung. Diese Dialektik ist anspruchsvoll. Darum wird sie gerne gemieden. Nicht nur bei Pfarrer Oppenau und den Leuten in seiner Gemeinde, die sich zu ihm halten. Die Gefahr droht auch anderswo.

Es ist die **Gefahr einer einlinigen Theologie**. Der Glaube erscheint als eine Theorie, die man gleichsam aufgearbeitet hinter sich lassen kann und die dann nur noch in wahre und unstrittige Praxis zu verflüssigen ist. Dabei wird das Evangelium ineinander von den Menschen abzuarbeitendes Schuldnerprogramm verkehrt. Friede, Liebe, Solidarität sind un-mittelbar – also ohne Gottesbezug – möglich. Christus muss nicht mehr gepredigt werden. In der gegenseitigen Gruppenbestätigung wird seine Gegenwart erlebt. Er wird der Welt einfach entgegengesetzt, die ohne die Kirchenmoral abgeschrieben bleibt. Die Welt als Schöpfung Gottes, an der sich Menschen freuen und für die sie danken, hat für die glaubenden Rechtstuer keinen Eigenwert. Deren vorauslaufendes Wissen um Gut und Böse entscheidet, was Evangelium ist. Die theologievergessene Kirche entdeckt dabei immer neue Benachteiligte, denen sie sich zuwendet. Im Beziehungsgewirr zu ihrer disparaten Klientel schafft sie ihre äußere Einheit durch gemeinsame Anschuldigung derer, die für den bösen Zustand der Welt verantwortlich sind. Dabei wird die Kirche nicht nur Retter der weiten Welt, sondern auch Retter Gottes. Denn sie löst durch ihre Guttaten endlich die Theodizeefrage. Der Pfarrer preist diesen auf Moral

eingeebneten Glauben als „die neue Welt der Auferstehung“, in der die gesellschaftlichen Schranken – wenigstens in der Gemeinde – bereits überwunden sind.

Das ist – so muss man weiterführend sagen – **Auferstehung am Kreuz vorbei**, eine Gefahr, die nicht nur bei Pfarrer Oppenau droht. Der Verzicht aufs Kreuz macht diese Frömmigkeit trotz der Beschwörung von Ostern freudlos und gequält. Vor allem: Weil auf das Kreuz verzichtet wird, interessiert das tatsächliche Leben nicht mehr. Die Welt wird nur noch als Material zur Bestätigung der eigenen Vorurteile wahrgenommen. Die kleinen und großen Verantwortungsträger, die sich mit oder ohne Berufung auf ihr Gewissen redlich abmühen, bleiben außen vor. **Die Eliten verschwinden aus der Kirche, weil sie nichts mehr von ihr erwarten können.**

Können Getaufte aus der Kirche austreten?

Frau von Sintersheim tut es. Sie schreibt ihrem Pfarrer in ihrem **letzten Brief**: „Ja, wenn ich ausländische ‚Mitbürgerin‘ wäre! Oder Asylbewerberin! Oder Flüchtling aus dem Iran! Oder eine Alleinerziehende, die ihre Kinder irgendwoher aus dem Rinnstein hat – ein Opfer der patriarchalen Männerwelt jedenfalls. *Dann* ist alles ganz anders, nicht wahr? Dann geraten ChristInnen förmlich aus dem Häuschen. Kinder segnen auf afrikanisch? Wie süß! ...“. Sie aber muss auch noch üble Nachrede hinter ihrem Rücken darüber aushalten, dass sie vier Kinder hat. In allen Auseinandersetzungen, die hinter ihr liegen, und in allen Abgrenzungen, die sie direkt und indirekt er-

fahren muss, spielt in dieser Gemeinde die Tatsache keine Rolle, dass sie getauft ist. Aber Frau von Sintersheim nimmt ihre Taufe ernst und beruft sich wiederholt auf sie. Wie soll ein Gemeindeglied seinen Glauben bewahren und sich gegen die persönlich bedrängenden fatalen Folgen einer falschen Theologie letztendlich anders wehren können, als durch die Absage an eine Kirche, die sich zu Unrecht Kirche Christi nennt?

Der Pfarrer schreibt auf die Austrittsmitteilung: „Sie trennen sich vom Herrn der Kirche, wenn Sie sich von der Kirche trennen.“ Ihm wäre wohl zu antworten: **Ein Mensch bekennt sich zum Herrn der Kirche, wenn er sich von der Kirche trennt, die sich von ihrem Herrn getrennt hat.** Die Kirche ist dort, wo Menschen versuchen, für ihren Herrn einzustehen – mit oder ohne Mitgliedschaftsrecht. Der gute Bekannte, der sich im Nachwort äußert, sagt: „Sie hätte bleiben sollen und es durchkämpfen müssen. Viele, die genauso denken und genauso an der Kirche leiden, wären ihr zugefallen, und gemeinsam hätte man vielleicht doch etwas bewegt.“

Das wirft die Frage auf, wo die wahre Kirche ist. Glaubt man dem guten Bekannten im Nachwort, dann wusste Frau von Sintersheim sehr wohl, dass in der Kirche immer Gute und Böse beieinander sind und dass man sich hüten muss, mit dem Unkraut auch den Weizen auszuraufen. Die reine und gleichförmige Kirche ihres Pfarrers – nur eben mit frommem statt politischem Vorzeichen – das war nicht ihr Programm. Ihre Sehnsucht richtete sich auf „das reine, klare, eindeutige Wort Gott-

es, das sich niemand selber sagen kann und das scheidend, helfend, tröstend den eigenen Weg bestimmt. Die reine Kirche zieht ihre Grenzen nicht, sie stößt auf sie.“ Also: **Wo das Wort lebendig ist, da ist Kirche – und sei es auch außerhalb der Kirche.** Freilich: Der sich selbst genügsame Zirkel ist nicht Kirche, auch wenn er sich theologisch noch so korrekt gibt. Ohne den Willen zu einigermassen geregelten Beziehungen zu anderen Gruppierungen von Glaubenden, ist Kirche Jesu Christi nicht denkbar.

Fiktion oder Realität ?

Ich habe mir lange überlegt, ob ich Johannes Wirsching anrufen und um Auskunft darüber bitten soll, ob Alexandra von Sintersheim ein realer Mensch oder eine sehr gelungene Erfindung von ihm ist. Ihre außergewöhnliche Allgemeinbildung ist offenkundig. Sie beruft sich aber auch zutreffend auf Althaus, Barth, Drewermann, Elert, Pannenberg. Das macht nachdenklich. Steckt da vielleicht doch mehr Fachtheologie dahinter, als der Briefwechsel vorgibt?

Aber was hätten wir davon, wenn der Autor noch mehr über die Hintergründe des Briefwechsels mitteilen würde, als er – sehr sparsam – schon getan hat? **Wir könnten uns – so oder so – dem Appell dieses Buches leichter entziehen. Und das darf nicht geschehen!** Auch wer keineswegs glauben mag, dass man innerhalb eines Jahres – so lange dauert der Briefwechsel – so viele Negativerfahrungen mit der Kirche sammeln kann, muss zugeben: es gibt diese Erfahrungen und sie haben zerstörerische Wirkungen.

Was muss geschehen?

Selten hat ein Buch so deutlich gemacht, wie wichtig die **gründliche Bildung** des kirchlichen Personals ist und wie wenig sie seit langer Zeit den Anforderungen entspricht. Nochmals O-Ton: „Die Entwicklung geht heute zum rundum ungebildeten Pfarrer, der stolz ist auf seine paar frommen Modewörter („Betroffenheit“, „Erinnerungskultur“) und der seine Unbedarftheit für Glaubensstärke hält.“ Es ist nicht nur unbarmherzig gegenüber den Gemeinden, schlecht ausgebildete Menschen zu ihnen zu schicken. Es ist zugleich gegenüber den Pfarrern und Pfarrerinnen unbarmherzig, sie in Aufgaben zu entsenden, in denen sie mangels guter Ausbildung scheitern müssen. Fakultäten und Kirchenleitungen hätten sich seit Jahren schon gemeinsam darüber zu schämen, wie wenig bei ihren Studienreformen bislang herausgekommen ist.

In den weiteren Zusammenhang der Bildungsaufgaben für den kirchlichen Nachwuchs gehören dann Fortbildung und Personalführung. Obwohl die Kirche wie kein anderes **Beschäftigungssystem von gelingender Personalarbeit abhängig** ist, bleibt sie in dieser Hinsicht immer noch weit hinter anderen zurück. Auch hier geht es darum, Amt und Aufgaben nicht zu verleugnen. Wenn irgendwo, dann ist allerdings hier auch grundsätzliches Umdenken vonnöten. Dienstaufsicht wird künftig vor allem in Coaching bestehen. Hauptaufgabe der Vorgesetzten muss sein, ihren Mitarbeitern zu beruflichen Erfolgen zu verhelfen.

Bildungsgegenstände müssen zuvörderst **Bekenntnis und Lehre der Kirche** sein. Die sind nicht neu zu erfinden. Sie haben aber häufig genug ihre Wirksamkeit verloren, weil sie in der akademischen Lehre wie in der kirchlichen Praxis in Vergessenheit

Das Buch zum Jubiläum:

Die Erfolgsgeschichte des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU von Albrecht Martin und Gottfried Mehnert

Das Buch ist über die EAK-Bundesgeschäftsstelle, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, für 15 € incl. MwSt. und Versand erhältlich, kartoniert, 208 Seiten. ISBN-Nr. 3-00-009147-5

1952-2002 • 50 JAHRE
EVANGELISCHER ARBEITSKREIS DER CDU/CSU

geraten waren. Dabei helfen gerade Bekenntnis und Lehre der Kirche allemal besser als alle eigenen Einfälle, kirchliches Leben zu strukturieren und zu gestalten.

Will die Kirche **Eliten zur Mitarbeit** in ihr **zurückgewinnen**, muss sie die Bedingungen der Mitarbeit kritisch überprüfen. Der Zeitaufwand in den Synoden macht die Mitarbeit in ihnen für Menschen fast unmöglich, die wichtige politische oder wirtschaftliche Ämter innehaben. Genauere Analyse zeigt, dass es vor allem kirchlich Beschäftigte sind, die den Zeitaufwand in den Synoden vermehren; sie machen dann eben weniger Hausbesuche zugunsten längerer Sitzungen. Wenn Synoden zur Hälfte ihrer Mitglieder aus kirchlich Beschäftigten bestehen, braucht man

sich nicht wundern, wenn sie eine selbstkritische Revision kirchlicher Arbeit nicht leisten können.

Man kann in historischer Perspektive trefflich darüber diskutieren, warum es mit dem Kulturprotestantismus zu einem Ende kommen musste und die früher so fruchtbar gewesene Symbiose zwischen dem gebildeten Bürgertum und der evangelischen Kirche zerbrochen ist. Eine verbürgerlichte Kirche war nicht fähig, ihre und des Bürgertums Gefährdung durch nationales und nationalsozialistisches Denken zu erkennen und davor zu warnen. Das darf aber keine Entschuldigung dafür sein, dass die **Abständigkeit der Kirche zur Kultur der Gegenwart** kaum jemand aufzuregen scheint. Die in die wichtige

Denkschrift „Gestaltung und Kritik. Zum Verhältnis von Protestantismus und Kultur im neuen Jahrhundert“ gesetzten Hoffnungen sind kaum in Erfüllung gegangen.

Viele in der Kirche haben Angst, die „kleinen Leute“ zu verlieren, wenn die „großen Leute“ wieder zu ihr zurückkehren. Welche Unterstellung! Gerade die „kleinen Leute“ haben ein Gefühl dafür, dass es für die Kirche und darum auch für sie gut ist, wenn sich auch die zu ihr halten, die als die Großen gelten. Eine der wichtigsten kirchlichen Aufgaben der Gegenwart besteht darin, in allen Gemeinden systematisch Beziehungen zu den Gemeindegliedern aufzubauen, die in der Politik, in der Wirtschaft und in den Wissenschaften als Führungskräfte tätig sind.

Der Autor Johannes Wirsching, 1929 in Gumbinnen/Ostpr. geboren, hat ein Leben lang – überwiegend in Berlin an der Kirchlichen Hochschule und seit 1993 an der Humboldt-Universität – systematische Theologie gelehrt und auch immer publiziert. In seinem bis jetzt letzten und dem Umfang nach schmalsten Buch erweist er sich darin als Lehrer der Kirche, dass er sie und seine Kollegen herausfordert, die aufregenden Selbstverständlichkeiten des christlichen Glaubens wieder zu entdecken und kirchlich zur Geltung zu bringen und so Theologie und Kirche von politischen Ideologien zu befreien. ■

Anm.:

Klaus Baschang war Oberkirchenrat in Baden und auch in EKD-Aufgaben tätig.

Abschied des Bundesgeschäftsführers



Liebe Leserin, lieber Leser,

wie Sie in der letzten Ausgabe der Evangelischen Verantwortung lesen konnten, gebe ich die Position des Bundesgeschäftsführers am Ende dieses Monats auf.

Die Entscheidung vom Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK) wegzugehen ist mir nicht leicht gefallen. In den letzten zwei Jahren habe ich sehr viele von Ihnen kennen gelernt, die mich in meiner Aufgabe sehr positiv und intensiv unterstützt haben. Ohne Ihr Zutun wäre die Arbeit hier im Konrad-Adenauer-Haus nur halb so erfolgreich und bei weitem nicht so erfüllt gewesen.

Meine Mitarbeiterinnen, Frau Adam und Frau Scheel, sind mir in der gesamten Zeit engagiert zur Seite gestanden. Ohne Ihren Einsatz, wäre vieles, was erfolgreich verlaufen ist, nicht machbar gewesen.

Bedanken möchte ich mich auch für Ihre Spendenbereitschaft und ich verknüpfe dies mit der Bitte, dass Sie auch weiterhin das Werden und Sein der Evangelischen Verantwortung mit Ihrem Beitrag begleiten. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir das erreichte Niveau unserer „EV“ nicht wieder verlassen werden. Mein Nachfolger oder meine Nachfolgerin wird sicherlich den eingeschlagenen Weg weitergehen.

Wohin gehe ich jetzt?

Mein neuer Dienstsitz wird das Konsistorium der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg sein. Dies ist nicht weit weg von der Klingelhofstraße und damit von der Bundesgeschäftsstelle. Dort werde ich als Oberkonsistorialrat die Abteilung IV des Hauses leiten. Hinter dieser preußisch eher technokratischen Bezeichnung verbirgt sich das Aufgabenfeld des Ausbildungsdezernenten der Landeskirche.

Es wird in Zukunft meine Aufgabe sein, die Ausbildung der Theologinnen und Theologen in Berlin-Brandenburg zu koordinieren und zu gestalten. Dies wird eine große Herausforderung und ich hoffe, dass ich sie zum Wohle der Evangelischen Kirche ausfüllen kann.

Der Kontakt zum EAK wird bleiben. Die Zusammenarbeit mit unserem Bundesvorsitzenden, Jochen Borchert, sowie dem gesamten Bundesvorstand war stets von großem Vertrauen geprägt.

Die Arbeit des EAK, das ist mir in den letzten zwei Jahren bewusst geworden, ist notwendig. Der EAK ist in der Union eine unverzichtbare Größe. Diese muss er auch bleiben. Es liegt nicht zuletzt auch an Ihnen, ob dies so bleibt. Mit Ihrem Engagement, mit Ihrer Unterstützung tragen Sie dazu bei, dass die evangelische Stimme in der Union hörbar bleibt. Diese ist wichtig. Und ich bin froh, dass ich den Eindruck gewinnen konnte, dass sowohl die Parteispitze der CDU und der CSU als auch die Evangelischen Kirchen und Glaubensgemeinschaften in Deutschland dies erkannt haben. Ich wünsche Ihnen für Ihre Zukunft und die des EAK von Herzen Gottes Segen.

Ihr Bernhard Felberg



■ Bericht über die Schäden des Hochwassers der Kirchengemeinde in Bad Schandau

Nach dem Sinken der Flut konnten die kirchlichen Mitarbeiter am 20. August 2002 erstmals die Gebäude der Kirchengemeinde Bad Schandau betreten. Es war ein niederschmetternder Eindruck.

Im Pfarrhaus stand das Wasser bis an die Decke zum 1. Stockwerk. Die Räume der Kirchengemeinde (Gemeindesaal, Christenlehrerraum, Jugendzimmer, Gemeindegüche und Sanitäreanlagen) sind nicht mehr zu benutzen. Alles was Wasser und Schlamm noch nicht zerstört hatten, musste von vielen Helfern abgetragen werden. Es steht im Erdgeschoss fast nur noch eine leere Hülle, die nun austrocknen muss. Danach kann mit dem Wiederaufbau begonnen werden. Alle Materialien für die Kinderarbeit sind ein Opfer des Wassers. Ebenso waren die Orff-Instrumente für die Kinderchorarbeit nicht mehr zu retten.

Das Gebäude des ev. Kindergartens in Bad Schandau ist von größeren Schäden bewahrt geblieben. Die Außenspielsachen sowie Roller, Puppenwagen, Dreiräder, Klettergerüst, Spielhaus und Rutsche mussten samt Gartenzaun in den Müll wandern. Die verseuchte Erde wurde abgetragen und durch gesunde Muttererde ersetzt.

Wir haben bereits sehr viel Hilfe erfahren und sind dankbar dafür. Aber es wird noch weiter Hilfe nötig sein, damit das „normale“ Gemeinleben wieder funktioniert. Herzlichen Dank allen, die bisher geholfen haben, sei es mit Kraft oder Spende.

Hartmut Vetter

Vors. Kirchenvorstand Bad Schandau-Porschdorf

■ Das Evangelische Kinderhaus in Pirna – vor und nach der Flutkatastrophe

Unser schönes Kinderhaus wurde 2x überflutet. Das erste Mal am 12. August von dem eigentlich kleinen Flüsschen Gottleuba – da stand das Wasser 160 cm in zwei Gruppenräumen des Kindergartens, in Küche, Werkraum, Mehrzweckraum...

Drei Tage später stand das Wasser der Elbe so hoch wie nie zuvor und suchte sich mit ganzer Kraft und viel Geröll, Geäst, Fäkalien seinen Weg durch die Altstadt und direkt durch unser Haus.

Der evangelische Kindergarten hat in Pirna 76 jährige Tradition. Früher waren wir in einer primitiven Baracke untergebracht. 1993 konnten wir unseren Ersatzneubau eröffnen. Seitdem werden im Neubau fünf Kindergartengruppen altersübergreifend (von 2 bis 6/7 Jahren) und im mit dem Neubau verbundenen Altbau 50 Kinder der 1. bis 4. Klasse betreut.

Alle Räume waren sehr liebevoll und individuell eingerichtet. Zur Förderung der Kreativität und Phantasie gab es Werkräume, Kinderküche und einen Turnraum. Das große Foyer nutzten wir für gemeinsame Feste, Gottesdienste und andere Veranstaltungen. Alles war für das Wohl und die Bedürfnisse der Kinder eingerichtet.

Seit dem 12. August ist alles anders.

Mit unvorstellbarer Gewalt wurden Fenster und Türen eingedrückt, ausgehebelt. Alle Einrichtungsgegenstände und die gesamte Technik wurden unbrauchbar und mussten entsorgt werden. Unseren Öltank, der in der Erde vergraben war, hat das Wasser herausgespült und senkrecht nach oben gestellt. Der wunderschöne Garten

wurde völlig verwüstet. Dicker Schlamm bedeckte kniehoch alle Wiesen und Sandflächen. Bepflanzungen und viel verseuchte Erde mussten danach abgetragen werden. Die untere Etage muss auf Rohbau zurückgebaut werden. Gutachter haben festgestellt, dass das Haus selbst keinen Schaden genommen hat und geben grünes Licht für die Wiederherstellung nach der Trocknungsphase.

Seit dem 26. August betreuen wir unsere Kinder in einer Behelfsunterkunft. Umliegende Kindereinrichtungen und viele Spender brachten uns in kürzester Zeit alles was

Kinder brauchen. Wir sind dankbar, dass wir hier sein können und bemühen uns täglich neu, mit den längst nicht optimalen Bedingungen und Gegebenheiten fertig zu werden. Die Kinder fühlen sich wohl und freuen sich über das Zusammensein mit Freunden und Vertrauenspersonen. Eine fachgerechte pädagogische Betreuung und Begleitung ist jetzt besonders wichtig, damit die Kinder alle schlimmen Erlebnisse und persönliches Leid in den Familien verarbeiten können.

*Roswitha Rieck
Evangelisches Kinderhaus
Pirna*

*Sehr geehrter Herr Borchert,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Schwestern und Brüder,*

durch die von Ihnen initiierte Spendenaktion „EAK-Fluthilfe“ gingen auf unserem Konto zur Linderung der Hochwasserschäden bereits Spenden in Höhe von

15.024,88 Euro

ein. Sie haben uns damit beauftragt, den ev. Kindereinrichtungen, die durch das Hochwasser im August in unserem besonders hart betroffenen Kirchenbezirk geschädigt wurden, zu helfen.

Auf diesem Wege möchten wir uns für ihre Spenden von ganzem Herzen bedanken. Es ist tröstend und ermutigend zu sehen, wie Menschen aus ganz Deutschland Anteil nehmen an dieser Katastrophe, die wir erleben mussten. Für diese geschwisterliche Verbundenheit sind wir sehr dankbar.

Ein herzliches Dankeschön möchten wir auch allen sagen, die in Gedanken bei uns sind und uns in Ihre Gebete mit einschließen. Nach telefonischer Absprache mit Ihnen werden wir die eingegangenen Gelder den Kirchengemeinden Pirna und Bad Schandau je zur Hälfte zur Verfügung stellen. In beiden Gemeinden ist der Ev. Kindergarten durch die Flut beschädigt worden. In Bad Schandau ist außerdem das Gemeindehaus, in dem Kinderkreise und Christenlehre stattgefunden haben, beschädigt.

Kurze Informationen zu der Situation in den beiden Gemeinden fügen wir als Anlage bei. Möge diese Hilfe von Gott gesegnet sein, sowohl bei den Gebern wie auch bei den Beschenkten.

Mit herzlichen Grüßen verbleibe ich in großer Dankbarkeit



Ihr

Klaus Kaden, Superintendent Ev.-Luth. Kirchenbezirk Pirna

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU · Herausgeber: Jochen Borchert, Dr. Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen, Dr. Hans Geisler, Dieter Hackler, Christine Lieberknecht · Redaktion: Silke Adam, Dr. Bernhard Felmberg (V.i.S.d.P.), Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Tel.: (030) 22070-432, Fax: (030) 22070-436 · E-Mail: eak@cdu.de · www.evangelischer-arbeitskreis.de · Konto: EAK, Postbank Köln, (BLZ 37010050) 112100-500 oder Sparkasse Bonn (BLZ 38050000) 56267 · Druck: Union Betriebs-GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach · Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten · Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber · Papier: 100% chlorfrei

Adressänderungen bitte immer an die Redaktion!

Union Betriebs-GmbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach
PVSt · Deutsche Post AG · Entgelt bezahlt · A 05931

Glaubt ihr nicht, so bleibt ihr nicht

(Jesaja 7, 9)

Gerade haben wir den Reformationstag gefeiert. Der Buß- und Betttag liegt vor uns. Das sind für uns Evangelische Christen Tage, an denen unser Glaube hinterfragt wird – wo wir daran erinnert werden, dass der Glaube an Jesus Christus der Grund unseres Lebens ist. Unser Christ-Sein hängt an diesem Glauben! Und wir wissen, wie zerbrechlich und schwach dieser ist. Manchmal gerade dann, wenn wir besonders stark mit ihm tönen – als könnte unsere Zunge sich im Sinne Gottes bewegen, wenn unser Herz starr geworden ist. Gott sieht, was in uns ist und unsere Mitmenschen auch. Ohne den Glauben an Gott vergehen wir, werden wir weggewischt – von Gottes Angesicht, aber auch aus der Mitte unseres irdischen Lebens. Ihr bleibt nicht, wenn ihr nicht glaubt, sagt Jesaja. Und er hat Recht! Wie oft ist unser Bleiben daran gebunden, ob wir Gott in den Tiefen und Höhen unseres Lebens glaubend vertrauen. Das gilt auch und gerade denen, die politische Verantwortung übernehmen. Ohne die Rückbindung an Gott, ohne den Glauben an ihn, vergeht jegliches politisches Konzept, bleibt nichts außer hohlem Gerede und wirkungslosem Handeln. Das Geschenk des Glaubens ist es, das uns bleiben lässt – als Einzelne, als Kirche und vielleicht auch als politische Partei.

Felmberg

Unsere Autoren:

Stefan Trobisch-Lütge
Gegenwind
Beratungsstelle für politisch
Traumatisierte der DDR-Diktatur
Bredowstr. 36
10551 Berlin-Moabit

Prof. Dr. Christian Walther
Heiderosenweg 17c
22359 Hamburg

Superintendent
Dr. Martin Dutzmann
Geschwister-Scholl-Str. 1a
42897 Remscheid

Oberkirchenrat i. R.
Klaus Baschang
Schlehenweg 3
76149 Karlsruhe-Neureut